

Dieses Blatt erscheint in der Woche
zwölffmal.

Abonnements-Preis:
vierteljährlich für Berlin 7 M 50 Pf.,
für ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.

Berliner Börsen-Zeitung

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
und Restanten-Listen.

Insertions-Gebühr:
die viergespaltene Zeile 40 Pf.

Alle Postanstalten, Zeitungs-Spediteure und unsere Expedition nehmen Bestellungen an.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pf.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 23. Februar. (C. T. C.) Das „Fremdenblatt“ glaubt, die Wahlen für den Deutschen Reichstag hätten eine reiche und neue Stärkung nach innen und aussen gebracht; ein starkes Deutschland aber erbehe und mehre die Hoffnung auf Erhaltung des Europäischen Friedens. — Die „Presse“ sagt: Der Wahlsieg Bismarcks wiegt mehr wie eine gewonnene Schlacht; er stärkt vielleicht alle Hoffnungen auf den Europäischen Frieden. Dass der Papst für den Sieg mitgeholfen, ehrt den Sieger und seinen erhabenen Verbündeten. — Die „Deutsche Ztg.“ äussert sich: „Eines kann schon jetzt auf das Bestimmteste behauptet werden; die nationalen Parteien sind in kräftiger Aufschwung begriffen, während ihre verschiedenen Gegner schwere, mitunter zermalmende Verluste zu beklagen haben. Diese Thatsache wird hoffentlich etwas dämpfend auf den Jubel der Französischen Chauvinisten wirken, die durch ihre beispiellosen Agitationen, ja förmlichen Beschwörungsrufe an die Adresse der Oesterreichisch-Ungarischen Staatsbahn betrogen in der Woche vom 12. bis 18. Februar 586 120 fl., Mehreinnahme 20 126 fl.

Wien, 23. Februar. (C. T. C.) Die Einnahmen der Oesterreichisch-Ungarischen Staatsbahn betragen in der Woche vom 12. bis 18. Februar 586 120 fl., Mehreinnahme 20 126 fl.

Peest, 23. Februar. (C. T. C.) Die amtliche Erennung Weckerles zum Staatssecretär im Finanzministerium, sowie die Enthebung des Staatssecretärs Köffinger von seinem Amte ist heute erfolgt.

Basel, 23. Februar, 11 Uhr 35 Min. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) Westbahn 122 G, 123 B, Nordostbahn 328 G, 330 B, Centralbahn 501 G, 503 B, Unionbahn 337 G, 339 B, Gotthardbahn 492 G, 494 B.

Genu, 23. Februar, 11 Uhr 30 Min. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) Westbahn 122, Nordostbahn 330.

Paris, 23. Februar, 12 Uhr 8 Min. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) 3 1/2 % Rente 79.60, Italiener 95.80, Türken 13.55, Spanier 63 1/2, Ägypter 365 1/2, Banque Ottomane 491 1/2.

London, 23. Februar, Morgens. (C. T. C.) Die Morgenblätter äussern ihre Befriedigung über die bisher bekannten Resultate der Deutschen Reichstagswahlen. Die „Times“ erblickt in dem Ausfall der Wahlen, soweit durch denselben das Septennat gesichert erscheine, eine vorläufige Sicherung des Friedens.

London, 23. Februar, 10 Uhr 55 Minuten. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) 1873er Russen 93.49, Ägypter 71 1/2, Ungarn 77, Spanier 62 1/2.

London, 23. Februar, 11 Uhr 23 Min. (Privat-Depesche der Berliner Börsen-Zeitung.) Erie 34 1/2, Lakeshore 96 1/2, Louisville 63.13, New-York Central 115 1/2, Central-Pacific 38 1/2, Canadian-Pacific 64 1/2, Union-Pacific 38 1/2, Readings 19 1/2.

Rom, 22. Februar. (C. T. C.) Nach einer Meldung der „Tribuna“ aus Massauah hätte General Gené in der Antwort auf das Schreiben Ras Alulas es abgelehnt, mit demselben zu unterhandeln, so lange Salimbeni und seine Genossen gefangen gehalten würden. Gené verlangt deren Freilassung, er werde sonst die Mitglieder der Expedition als todt betrachten und dieselben rächen, Salimbeni hätte dieser Antwort schriftlich zugestimmt.

Petersburg, 22. Februar. (C. T. C.) Ein heute veröffentlichtes Gesetz stellt der Gesellschaft für gegenseitigen Bodencredit frei, die Einzahlungen ihrer Creditnehmer für die im Januar und Juli d. J. fallige Verzinsung und Amortisation der Metalldarlehen auf 7 Creditrubel für je 100 Metallrubel festzusetzen.

Reichstags-Wahlen.

(Depeschen der C. T. C.)

Rosenheim. Posthalter Wagner (Centr.) wiedergewählt.

Traunstein. Landgerichtsrath Senestrey (Centr.) wiedergewählt.

Meseritz-Bomst. v. Unruhe (cons.) wiedergewählt.

Duk-Kosten. v. Myczelski (Pole) gewählt. Wreschen Pleschen. Magdzinski (Pole) gewählt. Kröben. Fürst Adam Czartoryski (Pole) gewählt.

Adeltau. Fürst Radziwill (Pole) gewählt. Gnesen-Wongrowitz. v. Chelmicki (Pole) gewählt.

Wirszitz Schubin. Graf Skorzewski (Pole) gewählt. Inowrazlaw-Mogilno. v. Koszielski (Pole) gewählt.

Czarnikow-Colmar. v. Colmar (cons.) wiedergewählt. Koblenz. Dr. v. Hertling (Centr.) gewählt.

Stolp-Lauenburg. v. Hammerstein (cons.) wiedergewählt. Lüdinghausen. v. Landsberg (Centr.) gewählt.

Amberg. v. Gise (Centr.) gewählt. Sinshelm. v. Göler (cons.) wiedergewählt.

Coburg. Stichwahl zwischen Delbrück (natl.) und Siemers (dfrs.)

Friedberg. Miquel (natl.) gewählt gegen Hinze (dfrs.). Guben-Lübben. Prinz Schönau-Carolath (Reichspartei) gewählt gegen Schmieder (dfrs.).

Oppeln. Graf Ballestrem (Centr.) gewählt. Neustadt-Oberschlesien. Graf Stollberg (Centr.) gewählt.

Gr. Strehlitz-Kessel. Franz (Centr.) gewählt. Pless-Hybnik. Müller (Centr.) gewählt.

Frankenstein. Graf Chamare (Centr.) gewählt. Lüben-Bunzlau. Schmieder (dfrs.) gewählt.

Glatz. v. Hoiningen-Huene (Centr.) gewählt. Gubrau-Wohlau. v. Kessel (cons.) wiedergewählt.

Ohlau-Nimptsch. v. Goldfus (cons.) wiedergewählt. Teltow-Beeskow-Storkow. Prinz Handjery (cons.) wiedergewählt.

Osterode-Neidenburg. Stephanus (cons.) wiedergewählt. Rastenburg-Gerdauen. Graf Udo Stollberg (cons.) wiedergewählt.

Hausau-Goldberg. Goldschmidt (dfrs.) gewählt. Wülheim. Weber (Centr.) gewählt.

Aichbach. v. Pietten (Centr.) wiedergewählt. Ilterissen. Reindl (Centr.) wiedergewählt.

Eichstädt. Schmidt (Centr.) erhielt bis jetzt circa 9000 St., sein Gegencandidat Gardill (natl.) circa 5000 St. Die Wahl Schmidts ist zweifellos.

Herford-Halle. v. Kleist-Retzow (cons.) wiedergewählt. Königsberg (Neumark). v. Levetzow (cons.) gewählt.

Crossen-Zällichau. Uhden (cons.) wiedergewählt. Luchow-Uelzen. Graf Bernstorff (Welfe) gewählt.

Satzig-Pyritz. v. Schöning (cons.) gewählt. Posen (Stadt und Kreis). Fabrikbesitzer Cegielski (Pole) wiedergewählt.

Dauu-Pruem-Bitburg. Wahl Limburgs (Centr.) gesichert. Hagenow-Grevesmühlen. v. Wrisberg (cons.) wiedergewählt.

Malchin-Waren. Graf von Schlieffen Schwandt (cons.) wiedergewählt. Ueckermünde-Usedom. Graf Rittberg (cons.) gewählt.

Randow-Greifenhagen. v. d. Osten (cons.) gewählt. Demmin-Anklam. v. Maltzahn-Gültz (cons.) gewählt.

St. Goarshausen-Montabaur. Lieber (Centr.) wiedergewählt. Thorn-Kulm. Stichwahl zwischen Dommes-Sarnau (natl.) und v. Sezaniecki (Pole).

Nienburg. Langwerth v. Simmern (Welfe) gewählt. Graudenz-Strassburg. Hobrecht (natl.) gewählt. Kottbus-Spremler. Stichwahl zwischen Funcke (natl.) und Breil (Soc.).

Dillingen. Deuringer (Centr.) gewählt. (Siehe auch am Schluss des Blattes.)

Berlin, den 23. Februar.

— Abgeordnetenhaus. 19. Sitzung vom 23. Februar, 11 Uhr 20 Minuten. Am Ministerische: v. Gossler.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Rintelen (Centr.), dass er sich in Bezug auf die Wahl vom Jahre 1862 geirrt habe, indem er das Resultat der zweiten Stichwahl mit dem der dritten verwechselt habe.

Das Haus tritt hierauf in die zweite Berathung des Cultusets ein.

Bei Cap. 34 Einnahmen, Cap. 1 Evangelischer Cultus, beklagt

Abg. v. Meyer-Arnswalde die drückend hohen Schullasten der Gemeinden und befürchtet davon ungünstigen Einfluss auf die nächsten Wahlen. Die Vertheilung der Lasten für die Bauern und Grossgrundbesitzer sei eine ungerichtete, die Bauern müssten viel mehr als die Besitzer zahlen, und dadurch werde das Verhältnis zwischen den Bauern und den Grossbesitzern vergiftet. Er sage dies, wiewohl er nicht, wie wiederholt behauptet worden, liberal oder gar freiconservativ sei. (Heiterkeit.) Seine Opposition sei eine Opposition der äussersten Rechten.

Der Titel wird hierauf bewilligt.

Bei Titel I der Ausgaben (Minister 30 000 M) erklärt

Abg. Dr. Windthorst: Es ist von jeher Brauch gewesen, bei der Berathung dieses Titels principielle Erörterungen vorzubringen. Ich erkläre namens meiner politischen Freunde, dass wir diesmal auf die Erörterung principieller Gesichtspunkte verzichten werden. Stoff dazu läge freilich genug vor. Es ist jedoch jetzt eine kirchenpolitische Vorlage dem Herrenhause zugegangen.

Wir können sie noch nicht erörtern, da wir erstlich noch keine Zeit hatten sie zu studieren. Aber auch wenn wir sie hätten studieren können, so würden wir die Vorlage hier nicht besprechen können, da sie zunächst dem Herrenhause zugegangen ist. Wir verzichten also auf principielle Erörterungen. Ob die weitere Entwicklung der Debatte uns zu principiellen Erörterungen Anlass geben wird, steht dahin.

Abg. Ostrowicz (Pole) beklagt zunächst die durch die herrschende Lehrmethode bedingte Verdrängung der Polnischen Sprache und wendet sich dann gegen die Versetzung der in den Polnischen Landestheilen heimischen Lehrer in andere Theile der Monarchie. Dieser Wechsel des Lehrpersonals störe den Fortschritt im Unterricht. Die ganze jetzt herrschende Methode mache aus der Schule eine Abrichtungsanstalt, und könne bei den Kindern Polnischer Eltern nur Abneigung und Hass erwecken. All diese Germanisirungs-Gesetze würden keinen Erfolg haben, wiewohl sie viel Geld kosteten und man für sie trotz der allgemeinen Finanznoth heidenmässig viel Geld habe. Ueber jedem Lehrer schwebte die Gefahr der Versetzung wie ein Damoklesschwert. Diese Versetzungen schädigten die Lehrer auch finanziell, ausserdem würden die katholischen Lehrer durch diese Zwangsversetzungen gerade in protestantische Gegenden gebracht; die Absicht der Protestantisirung läge also vor. Was werfe man diesen Lehrern vor ausser ihrer polnischen Abkunft? Möge man doch endlich dieses System einstellen! Sonst werde bald eine Zeit kommen, in der die Regierung dieses System bereuen werde.

Minister v. Gossler: Ich will dem Redner nur auf die sogenannten „massenhaften Versetzungen“ antworten. Der Vorredner irrt, wenn er diese Versetzungen disciplinarische nennt — das ist keineswegs der Fall, diese Versetzungen sind vielmehr politischer Natur, ihre Ursache ist bereits gelegentlich der vorjährigen Berathungen eingehend erörtert worden. Es sind aus diesen politischen Rücksichten angeordnet worden Versetzungen von 12 Seminarlehrern und 300 Elementarlehrern — ob Sie das gegenüber der Thatsache, dass die Versetzungen die Lehrer finanziell schädigen; die Lehrer kommen